

STADT VELBERT

NIEDERSCHRIFT

über die **Sitzung des Rates**
am **Dienstag, dem 08.10.2019.**

(42. Sitzung)

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:40 Uhr

Sitzungsort: Saal Velbert, Rathaus, Thomasstraße 1, 42551 Velbert

Unter Vorsitz des Bürgermeisters Herrn Lukrafka sind anwesend:

a) die Ratsmitglieder:

Herr Alfermann
Frau Ammann
Herr Arshad
Herr Auer
Herr aus dem Siepen
Frau Becker
Herr Dr. Beckröge
Herr Bicerik
Herr Bolz
Herr Cleve
Frau Dabrock-Kalb
Herr Demircan
Frau Djuric
Herr Frank Engel
Herr Holger Engel
Herr Harry Gohr
Herr Matthias Gohr
Herr Greco
Herr Güther
Frau Haase
Frau Hagling
Herr Hofmann
Herr Hübinger
Frau Dr. Kanschat
Herr Kitzrow
Frau Koch
Herr Hans Küppers
Herr Thomas Küppers
Herr Küppersbusch

Frau Liebig
Herr Ludwig
Herr Martin
Frau Meulenkamp
Herr Münchow
Herr Mundt
Herr Oentrich
Herr Otterbeck
Herr Piechotta
Herr Rodax
Herr Röhr
Frau Rolf
Herr Schäfer
Herr Schaubbruch
Herr Schiweck
Herr Schmidt
Herr Hermann-Josef Schmitz
Herr Klaus Schmitz
Herr Hans-Dieter Schneider
Herr Karsten Schneider
Herr Schwarz
Frau Schween
Herr Stiegelmeier
Frau Tassioula
Herr Tonscheid
Herr Weise
Herr Wilke
Herr Zöllner

ab 17:20 Uhr (TOP 4)

es fehlen entschuldigt:

Herr Dr. Bender
Herr Fülling
Herr Hilgers
Herr Ratajczak
Frau Rotert

b) von der Verwaltung:

Herr I. Beigeordneter Böll
Herr Beigeordneter Ostermann
Herr Bredendiek (TBV AöR)
Herr Bredtmann
Herr Blißenbach
Herr Frege
Herr Keller
Herr Peitz, Stadtkämmerer
Herr Wieneck (TBV AöR)

c) von der Presse im öffentlichen Teil:

zwei Vertreter

d) als Gäste:

Herr Lange vom Ingenieurbüro PTV GmbH
zu TOP 4 „Verkehrsentwicklungsplan Velbert-Mitte (VEP) 2030“
Herr Malik vom Ingenieurbüro PTV GmbH
zu TOP 4 „Verkehrsentwicklungsplan Velbert-Mitte (VEP) 2030“

e) als Schriftführer:

Herr Welte

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr, er begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Dem Vorschlag des Bürgermeisters, die Tagesordnung um nachfolgend aufgeführte Tagesordnungspunkte zu erweitern, stimmt der Rat einmütig zu:

- TOP 2.1 Stellungnahme der Stadt Velbert zum Entwurf der 1. Änderung des Regionalplanes in der Planungsregion Düsseldorf mit dem Titel „Mehr Wohnbauland am Rhein“; Vorlage 303/2019; 1. Ergänzung
- TOP 13.1; Neuwahlen zu den Ausschüssen, Vorlage 393/2019

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die nachträglich veröffentlichten Vorlagen sowohl im Internet einsehbar seien, als auch als Tischvorlagen vorliegen würden.

Da keine weiteren Änderungswünsche hinsichtlich der Tagesordnung geäußert werden, genehmigt der Rat folgende **Tagesordnung**:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Anfragen
 - 1.1 Anfrage der Fraktion Piraten Partei
Kostenermittlung für die Sondersitzung Rat am 06.08.2019
 - 1.1.1 Anfrage der Fraktion Piraten Partei
Kostenermittlung für die Sondersitzung Rat am 06.08.2019
2. Stellungnahme der Stadt Velbert zum Entwurf der 1. Änderung des Regionalplanes in der Planungsregion Düsseldorf mit dem Titel „Mehr Wohnbauland am Rhein“
 - 2.1 Stellungnahme der Stadt Velbert zum Entwurf der 1. Änderung des Regionalplanes in der Planungsregion Düsseldorf mit dem Titel „Mehr Wohnbauland am Rhein“
3. Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 419 – Untere Wilhelmstraße – 1. Änderung
4. Verkehrsentwicklungsplan Velbert-Mitte (VEP) 2030
5. Zertifizierung der Stadt Velbert als "Fairtrade-Town"
6. Sanierung der Schlossanlage Hardenberg und Beschluss über dessen Nutzungskonzept
7. Änderung von § 10 Abs. 3 S. 1 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse vom 11.12.2012

8. Änderung der kommunalen Unternehmenssatzung Technische Betriebe Velbert AöR
9. Angelegenheiten der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH
10. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen
Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für das Jahr 2019 im Budget des Fachbereiches 4 -
Bürgerdienste
11. Antrag der SPD-Fraktion
Bildung eines Ausschusses „Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit“ und Umbenennung des
Umwelt- und Planungsausschusses
- 11.1 Bildung eines Ausschusses „Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit“ und Umbenennung des
Umwelt- und Planungsausschusses
12. Antrag der Fraktion Piraten Partei
Aktion "Wir jagen Funklöcher"
13. Neuwahlen zu den Ausschüssen
- 13.1 Neuwahlen zu den Ausschüssen
14. Nachträge
15. Mitteilungen der Verwaltung
16. Verschiedenes

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

17. Anfragen
18. Angelegenheiten der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH
- 18.1 Angelegenheiten der Stadtwerke Velbert GmbH
19. Nachträge
20. Mitteilungen der Verwaltung
21. Verschiedenes
22. Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Be-
schlüsse

Die Beratung der vorstehenden Tagesordnungspunkte führt zu folgenden **Ergebnissen:**

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. **Anfragen**
- 1.1 **Anfrage der Fraktion Piraten Partei**
Kostenermittlung für die Sondersitzung Rat am 06.08.2019
Vorlage: 278/2019

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung (siehe Vorlage 278/2019; 1. Ergänzung, unter Tagesordnungspunkt 1.1.1).

Auf konkrete Nachfragen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Piraten Partei erläutert der Bürgermeister, warum keine zusätzlichen Personalkosten im Zusammenhang mit dieser Sondersitzung des Rates entstanden seien.

Unter anderem gehöre die Teilnahme an Sitzungen der politischen Gremien für die Beigeordneten und den Bürgermeister zur normalen Dienstzeit.

Weitere Rückfragen ergeben sich nicht.

Anfrage der Piraten-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für Verdienstausschlag, Sitzungsgeld sowie weiteren Aufwendungen der von CDU, SPD, Velbert Anders und UVB beantragten Sondersitzung vom 06. August 2019 zu berechnen und schriftlich zur nächsten ordentlichen Ratssitzung mitzuteilen.

Es sind die Kosten der Ratsmitglieder, sowie die Höhe des Aufwandes der Verwaltung anzugeben.

1.1.1 Anfrage der Fraktion Piraten Partei Kostenermittlung für die Sondersitzung Rat am 06.08.2019 Vorlage: 278/2019 1. Ergänzung

Die Stellungnahme der Verwaltung (siehe Vorlage 278/2019; 1. Ergänzung) auf die Anfrage der Fraktion Piraten Partei „Kostenermittlung für die Sondersitzung Rat am 06.08.2019“ ist zur Kenntnis genommen worden.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

2. Stellungnahme der Stadt Velbert zum Entwurf der 1. Änderung des Regionalplanes in der Planungsregion Düsseldorf mit dem Titel „Mehr Wohnbauland am Rhein“ Vorlage: 303/2019

Die Vorlage 303/2019 ist nicht mehr Gegenstand der Beratung in der heutigen Sitzung. In den vorberatenden Gremien sei der zugrundeliegende Beschlussvorschlag der Verwaltung abgeändert worden.

Der im Haupt- und Finanzausschuss gefasste Beschluss in dieser Angelegenheit ist in der Vorlage 303/2019; 1. Ergänzung aufgeführt und nunmehr Gegenstand der Beratung (Siehe TOP 2.1).

Beschluss:

- 1) Die Darstellung der vorgeschlagenen ASB Reserven im Bereich Velbert-Langenberg können mitgetragen werden.
- 2) Die Darstellung der ASB Reserven im Bereich Velbert-Neviges, inklusive der ASB-Reserve „Asbruch“ auf Wuppertaler Stadtgebiet, werden in der geplanten Größenordnung abgelehnt.
Die Bedarfe dieser Flächen sind zu einem großen Teil durch den regionalen Bedarf oder dem Bedarf der Stadt Wuppertal begründet.

Eine Wohnbauflächenentwicklung in dieser Größenordnung ginge mit gravierenden Eingriffen in das Orts- und Landschaftsbild einher. Zudem entstehen zusätzliche Bedarfe z.B. bei der sozialen Infrastruktur wie z.B. Kita- und Schulplätze, deren Verfügbarkeit und Finanzierung gesichert werden müsste.

- 3) Für den Bereich Velbert-Neviges kann eine moderate Wohnbauflächenentwicklung zur Deckung des lokalen Bedarfes mitgetragen werden. Welche ASB-Reserven in welcher Größe entwickelt werden, muss in den nächsten Jahren eingehend geprüft werden. Wichtige Kriterien werden hier die verträgliche Einbindung in die Landschaft, die Herstellung einer leistungsfähigen und für die Anwohner verträglichen Erschließung sowie die Berücksichtigung der infrastrukturellen Leistungsfähigkeit des Ortskernes von Neviges sein.
- 4) Die Stadt Velbert hat aktuell die Fortschreibung ihres Handlungskonzeptes Wohnen beauftragt. Bei der zukünftigen Wohnbauflächenentwicklung sollen die Ergebnisse dieser Fortschreibung hinsichtlich der dort vorgeschlagenen zukünftigen quantitativen und qualitativen Bedarfe berücksichtigt werden.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

2.1 **Stellungnahme der Stadt Velbert zum Entwurf der 1. Änderung des Regionalplanes in der Planungsregion Düsseldorf mit dem Titel „Mehr Wohnbauland am Rhein“**

Vorlage: 303/2019 1. Ergänzung

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und trägt die Ergebnisse der vorberatenden Gremien vor.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird die Methodik des Flächenranking seitens des Regionalrates Düsseldorf als sehr fragwürdig bezeichnet.

Der Bitte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, über die vier Punkte des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen, kommt der Rat einmütig nach.

Als Grund für die getrennte Abstimmung wird aufgeführt, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Nummer 1 des Beschlussvorlage, d. h. die Darstellung der ASB-Reserven im Bereich Velbert Langenberg, insbesondere gegen die ASB-Reserve im Bereich Heeger Straße, aussprechen werde.

Abschließend stellt der Bürgermeister die 4 Punkte des Beschlussvorschlages getrennt zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Darstellung der ASB-Reserven im Bereich Velbert-Langenberg können mitgetragen werden. Zudem wird gefordert, dass aufgrund der guten Lage zu den S-Bahnhaltepunkten in Velbert-Langenberg die ASB-Reserve im Bereich „Heeger Straße“ (ME_Vel_03) dargestellt wird.
2. Die Darstellung der ASB Reserven im Bereich Velbert-Neviges, inklusive der ASB-Reserve „Asbruch“ auf Wuppertaler Stadtgebiet, werden abgelehnt. Die Bedarfe dieser Flächen sind zu einem großen Teil durch den regionalen Bedarf oder dem Bedarf der Stadt Wuppertal begründet. Eine Wohnbauflächenentwicklung ginge mit gravierenden Eingriffen in das Orts- und Landschaftsbild einher. Zudem entstehen zusätzliche Bedarfe z.B. bei der sozialen

Infrastruktur wie z.B. Kita- und Schulplätze, deren Verfügbarkeit und Finanzierung gesichert werden müsste.

3. Für den Bereich Velbert-Neviges wird eine Wohnbauflächenentwicklung, die über den Flächennutzungsplan hinausgeht, abgelehnt.
4. Die Stadt Velbert hat aktuell die Fortschreibung ihres Handlungskonzeptes Wohnen beauftragt. Bei der zukünftigen Wohnbauflächenentwicklung sollen die Ergebnisse dieser Fortschreibung hinsichtlich der dort vorgeschlagenen zukünftigen quantitativen und qualitativen Bedarfe berücksichtigt werden.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

Beschluss:

Die Darstellung der ASB-Reserven im Bereich Velbert-Langenberg können mitgetragen werden. Zudem wird gefordert, dass aufgrund der guten Lage zu den S-Bahnhaltepunkten in Velbert-Langenberg die ASB-Reserve im Bereich „Heeger Straße“ (ME_Vel_03) dargestellt wird.

Beratungsergebnis: 47 Stimmen dafür
10 Stimmen dagegen (Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke; FDP;
Piraten Partei)
0 Enthaltungen

Beschluss:

Die Darstellung der ASB Reserven im Bereich Velbert-Neviges, inklusive der ASB-Reserve „Asbruch“ auf Wuppertaler Stadtgebiet, werden abgelehnt. Die Bedarfe dieser Flächen sind zu einem großen Teil durch den regionalen Bedarf oder dem Bedarf der Stadt Wuppertal begründet.

Eine Wohnbauflächenentwicklung ginge mit gravierenden Eingriffen in das Orts- und Landschaftsbild einher. Zudem entstehen zusätzliche Bedarfe z.B. bei der sozialen Infrastruktur wie z.B. Kita- und Schulplätze, deren Verfügbarkeit und Finanzierung gesichert werden müsste.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Für den Bereich Velbert-Neviges wird eine Wohnbauflächenentwicklung, die über den Flächennutzungsplan hinausgeht, abgelehnt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Stadt Velbert hat aktuell die Fortschreibung ihres Handlungskonzeptes Wohnen beauftragt. Bei der zukünftigen Wohnbauflächenentwicklung sollen die Ergebnisse dieser Fortschreibung hinsichtlich der dort vorgeschlagenen zukünftigen quantitativen und qualitativen Bedarfe berücksichtigt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3. Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 419 – Untere Wilhelmstraße – 1. Änderung
Vorlage: 309/2019

Seitens des Bürgermeisters wird in die Thematik eingeführt, der aktuelle Sachstand geschildert und der Beschlussvorschlag begründet.

Auf konkrete Nachfrage der Fraktion Piraten Partei teilt Herr Beigeordneter Ostermann mit, dass zur Realisierung des Planungsziels, d. h. die Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung, eine Änderung des Bebauungsplans erforderlich sei. Dabei sollen die Instrumente der Bauleitplanung auch die Funktion erfüllen, erkennbare Fehlentwicklungen einzelner Grundstücke während der Planaufstellung zu verhindern. Es bestehe ein städtebauliches Erfordernis, dem drohenden Missstand durch leerstehende Gewerbebauten vorzubeugen. Um zu gewährleisten, dass sich während des Aufstellungsverfahrens keine Vorhaben entwickeln und zugelassen werden müssen, die der Planung zuwiderlaufen, sei die parallele Anordnung einer Veränderungssperre erforderlich geworden.

Beschluss:

Die Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 419 – Untere Wilhelmstraße – 1. Änderung wird beschlossen.

Beratungsergebnis: 56 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Enthaltung (Piraten Partei)

4. Verkehrsentwicklungsplan Velbert-Mitte (VEP) 2030
Vorlage: 284/2019

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein, zeigt die Beratungsergebnisse der vorbereitenden Gremien auf und erteilt den Herren Malik und Lange vom Ingenieurbüro PTV GmbH das Wort.

Bevor Herr Malik einen aktuellen Sachstandsbericht mittels einer PowerPoint Präsentation gibt und die Ergebnisse zum Verkehrsentwicklungsplan vorstellt, stellt der Vertreter der TBV AöR klar, dass der Verkehrsentwicklungsplan einen Rahmenplan darstelle, ein Programm bzw. ein Gerüst für die Zukunft sei und als Grundlage für die weitere verkehrliche Entwicklung in der Stadt Velbert diene. Der Verkehrsentwicklungsplan sei als ein Leitplan für die nächsten Jahre entwickelt worden. Die Umsetzung bzw. die Durchführung konkreter Maßnahmen müsse jedoch durch politische Beschlüsse explizit noch gefasst werden. Der Beschluss in der vorliegenden Form sei erforderlich, damit die TBV AöR mit den Prüfungen beginnen und die Maßnahmen entsprechend weiter ausarbeiten können.

Es wird darauf hingewiesen, dass neben der Politik auch die Öffentlichkeit (Workshops) bei der Erstellung des Verkehrsentwicklungsplans mitgewirkt und man sich für Szenario III ausgesprochen habe.

Aus der Diskussion bleibt Folgendes festzuhalten:

- Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kündigt an, dem Szenario III nicht zuzustimmen. Die CO2 Reduktion sei aus dem Modell nicht klar ersichtlich bzw. herausgestellt. Es wird die Auffassung vertreten, dass mit diesem Verkehrsentwicklungsplan keine Mobilitätswende erreicht werden könne.

Das Szenario III bringe sehr viele Nachteile mit sich.

Der öffentliche Personennahverkehr müsse vielmehr einbezogen und entsprechend berücksichtigt bzw. ausgebaut werden. Die Berücksichtigung von nur 10 % ÖPNV aktuell sei viel zu gering. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen regt an, die Szenarien I und III gemeinsam zu prüfen.

Es wird dafür plädiert, dass das gesamte Radverkehrsnetz und der ÖPNV gemeinsam mit dem Konzept für die Innenstadtentwicklung betrachtet werden müsse, ein alleiniges Innenstadtverkehrskonzept mache keinen Sinn.

Es nütze nichts, wenn die Radwege im Bereich der Innenstadt schön hergerichtet würden und die Radwegeverbindungen nach Neviges und Langenberg nicht gut ausgebaut seien.

Weiter spricht sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dafür aus, dass die angestrebte Verkehrswende viel eher als im Jahr 2030 kommen müsse.

- Seitens der Fraktion Die Linke wird vorgetragen, dass das eigentliche Problem darin bestehe, dass es grundsätzlich viel zu viel Pkw-Verkehr gibt. Diesbezüglich wird explizit auf die Langenberger Straße verwiesen. Es sei klar, dass etwas geschehen müsse. Die Schaffung von Umgehungsstraßen bzw. entsprechenden Tangenten führe zu keiner Lösung des Grundproblems. Es müsse der Verkehr vermieden und nicht entsprechend umgeleitet werden. Der vorliegende Plan wird grundsätzlich als positiv bewertet. Es sei jedoch nicht die beste Lösung, aber immerhin ein Anfang. Ein Ausbau des ÖPNV wird nach Auffassung der Fraktion Die Linke als dringend erforderlich gesehen.
- Der Bürgermeister weist darauf hin, dass ein entsprechendes Gutachten für die Entwicklung des ÖPNV im nächsten Jahr in Auftrag gegeben würde. Es würde geprüft, was passieren müsse, um den ÖPNV nachhaltig zu verbessern.
- Die Fraktion Piraten Partei begrüßt, dass die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Workshops bei der Entstehung des Verkehrsentwicklungsplans beteiligt worden sind. Die Zustimmung zum Szenario III wird damit begründet, dass dies der beste Kompromiss sei. Es wird davor gewarnt, das Szenario III zu ändern, da sonst die angestrebten Ziele nicht erreicht werden könnten. Auf das Problem der Süd -Osttangente wird hingewiesen bzw. dieses als Schattenseite bezeichnet. Es wird Wert darauf gelegt, dass heute keine Detailplanung beschlossen, sondern lediglich der Auftrag zur weiteren Prüfung / Ausarbeitung erteilt werde.
- Seitens der SPD-Fraktion wird die Meinung vertreten, dass mit dem vorliegenden Verkehrsentwicklungsplan an sich eine Verkehrswende noch nicht realisiert werden könne. Der vorliegende Plan sei ein Einstieg in die Planung einer solchen Wende. Es wird für gut befunden, dass nicht alle Dinge in Stein gemeißelt seien und gewisse Dinge noch modifiziert werden müssten. Der Verkehrsentwicklungsplan müsse stetig fortgeschrieben werden. Die SPD-Fraktion äußert die Befürchtung, dass mit der Erstellung der Süd-Osttangente auch unmittelbar die Erschließung eines Wohngebietes im Zusammenhang stehe. Eine Wohnbebauung in diesem Bereich werde jedoch seitens der SPD-Fraktion abgelehnt. Bis auf die vorgesehene Süd-Osttangente könne die SPD-Fraktion dem Szenario III inhaltlich zustimmen. Seitens der SPD-Fraktion wird für eine Änderung des Beschlussvorschlages plädiert bzw. ein Antrag gestellt. Es müsse die Möglichkeit bestehen, dass man sich für das Szenario III aussprechen könne, ohne damit gleichzeitig für die Errichtung der beiden Tangenten zu votieren. Daraufhin stellt der Bürgermeister den **Antrag der SPD-Fraktion**, das Szenario III ohne die Süd-Osttangente zu beschließen, zur Abstimmung. Dieser Antrag wird mit vier Stimmen dafür (SPD), bei sieben Stimmen dagegen und zwei Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

- Die CDU-Fraktion spricht sich für den Beschlussvorschlag in der vorliegenden Form aus. Es sei ein Papier, mit dem man arbeiten könne. Der Verkehrsentwicklungsplan sei lediglich als ein Leitgerüst zu verstehen, das gelte, ergänzt und verändert zu werden. Jede einzelne durchzuführende Maßnahme sei noch anlassbezogen zu diskutieren und in den politischen Gremien entsprechend zu verabschieden.
Die Auffassung der SPD-Fraktion, durch die Herausnahme der Süd-Osttangente im Szenario III die dortige Ansiedelung eines Wohngebietes in dem Bereich zu verhindern, wird seitens der CDU-Fraktion nicht geteilt. Diese Denkweise sei zu kurz gegriffen. Ein Ziel müsse es sein, den Verkehr in der Innenstadt schneller abfließen zu lassen. Dies gelinge durch die Errichtung der entsprechenden Tangenten / Umgehungsstraßen.
Hinsichtlich der Anregung den ÖPNV kostenlos zur Verfügung zu stellen, wird darauf hingewiesen, dass dies nur realisierbar sei, wenn auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stehen würden.
- Seitens der Fraktion UVB wird die Zustimmung zum Szenario III begründet. Mit dem Beschluss würde der Startschuss gegeben, dass die TBV damit beginnen könnten, die entsprechenden Maßnahmen gemäß dem Szenario III zu prüfen und auszuarbeiten.
Die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen würde noch explizit beschlossen.
- Bevor der Bürgermeister den nachfolgenden Beschluss zur Abstimmung stellt, teilt Herr Lang mit, dass das Szenario III eine Vielfalt an diversen Maßnahmen enthalten würde. Dabei sei ein attraktives Radverkehrsnetz genauso enthalten, wie der Versuch eine Schnellbuslinie nach Düsseldorf zu realisieren. Es sei sichergestellt, dass die verschiedenen Verkehrsträger bei der Planung entsprechend mit berücksichtigt würden; kein Verkehrsträger würde ausgeschlossen.

Beschluss:

Dem Verkehrsentwicklungsplan Velbert-Mitte 2030 wird zugestimmt. Die Technischen Betriebe Velbert AöR werden beauftragt, die Maßnahmen gemäß dem Szenario III zu prüfen und weiter auszuarbeiten.

Beratungsergebnis: 47 Stimmen dafür
10 Stimmen dagegen (Bündnis 90/Die Grünen; 2 SPD; FDP)
1 Enthaltung (SPD)

5. Zertifizierung der Stadt Velbert als "Fairtrade-Town"

Vorlage: 351/2019

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und begrüßt, dass die Stadt Velbert Anfang September diesen Jahres die Zertifizierung als „Fairtrade-Town“ erhalten habe.

Ohne weitere Wortmeldungen wird der Bericht der Verwaltung zur Zertifizierung der Stadt Velbert als „Fairtrade-Town“ zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

6. Sanierung der Schlossanlage Hardenberg und Beschluss über dessen Nutzungskonzept
Vorlage: 344/2019

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein, gibt einen aktuellen Sachstandsbericht und zeigt die Beratungsergebnisse der vorberatenden Gremien auf.

Seitens der Fraktion Die Linke wird begrüßt, dass es in der Sache endlich vorangehe. Innerhalb der Fraktion gebe es verschiedene Meinungen zu dem Vorhaben, was auch die Abstimmungsergebnisse der vorgetragenen Gremien widerspiegeln würden. In der heutigen Sitzung würde dem vorliegenden Nutzungskonzept jedoch zugestimmt. Die Fraktion Die Linke plädiert dafür, dass die Eintrittspreise nicht zu hoch angesetzt werden sollten, so dass sich auch Kinder leisten könnten, die Veranstaltungen zu besuchen. Weiter spricht sich die Fraktion Die Linke dafür aus, dass nicht allein der KVBV bzw. das Kuratorium über die weitere Gestaltung des Ensembles Schloss Hardenberg entscheide, sondern die Bürger in den weiteren Entscheidungsprozess / die Fortschreibung des Nutzungskonzeptes mit einbezogen würden.

Ohne weitere Wortmeldungen stellt der Bürgermeister den nachfolgenden Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Das Nutzungskonzept Schloss Hardenberg wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der baulichen Konzeption das Antragsverfahren zur Förderung durch den Bund durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Förderanträge zu stellen, um den Eigenanteil in der Maßnahme zu reduzieren.
4. Die Stadt Velbert wird beauftragt, die Baumaßnahme gemäß dem Nutzungskonzept umzusetzen.
5. Der Rat der Stadt Velbert erklärt, dass alle notwendigen Eigenmittel zur Umsetzung der Baumaßnahmen bereitgestellt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

7. Änderung von § 10 Abs. 3 S. 1 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse vom 11.12.2012
Vorlage: 308/2019

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und teilt mit, dass der vorberatende Haupt- und Finanzausschuss dem Beschlussvorschlag einstimmig zustimmt habe. Hierbei handele es sich um eine Änderung der Gemeindeordnung NRW die entsprechend auf die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse umgesetzt bzw. nachvollzogen werde.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnt die vorgesehene Änderung des § 10 der Geschäftsordnung ab, da dies gleichbedeutend eine zu starke Einschränkung für die sachkundigen Bürger bei der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit darstelle.

Beschluss:

§ 10 Abs. 3 S. 1 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse vom 11.12.2012 wird wie folgt neu gefasst: „Die dem Rat nicht angehörenden, verpflichteten sachkundigen Bürger der Ratsausschüsse können an nichtöffentlichen Sitzungen des

Rates als Zuhörer teilnehmen, soweit deren Aufgabenbereich durch den Beratungsgegenstand berührt wird.“

Beratungsergebnis: 51 Stimmen dafür
6 Stimmen dagegen (Bündnis 90/Die Grünen)
0 Enthaltungen

8. Änderung der kommunalen Unternehmenssatzung Technische Betriebe Velbert AöR

Vorlage: 315/2019

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein, schildert den Sachverhalt und begründet den Beschlussvorschlag.

Ohne weitere Wortmeldungen kommt es zur sofortigen Abstimmung.

Beschluss:

§ 2 Absatz 1 der Kommunalunternehmenssatzung der Technische Betriebe Velbert AöR erhält folgende Fassung:

§ 2

Gegenstand des Kommunalunternehmens

(1) Das Kommunalunternehmen übernimmt folgende, durch die Stadt gemäß § 114a Abs. 3 GO übertragene Aufgaben, welche sie in eigenem Namen und in eigener Verantwortung durchführt:

1. die Stadtentwässerung einschließlich der Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 46 Abs. 1 Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG) i.V.m. § 56 Wasserhaushaltsgesetz (WHG), § 52 Abs. 1 LWG, einschließlich der Erstellung und Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes i.S.v. § 47 LWG, ausgenommen die Vorlage des Abwasserbeseitigungskonzeptes gemäß § 47 Abs. 1 LWG, sowie die Überwachung privater Abwasserleitungen gemäß der aufgrund § 59 Abs. 4 LWG erlassenen Rechtsverordnung;
2. die Abfallentsorgung nach den gesetzlichen Vorschriften, einschließlich der Erstellung des kommunalen Abfallwirtschaftskonzeptes i.S.v. § 5 a Landesabfallgesetz Nordrhein-Westfalen (LAbfG NW) und der Abfallbilanzen i.S.v. § 5 c LAbfG NW;
3. die Reinigung der Straßen einschließlich des Winterdienstes;
4. die Pflege, die Unterhaltung und der Betrieb des städtischen Friedhofs- und Bestattungswesens einschließlich der Erfüllung der Pflichten als Friedhofsträger gemäß Bestattungsgesetz NRW;
5. die Pflege und die Unterhaltung des städtischen Forsts einschließlich der Pflichten zur Bewirtschaftung des Gemeindewalds aus dem Landesforstgesetz;
6. Durchführung von Liegenschaftsvermessungen im Hinblick auf die eigenen Aufgaben gemäß § 2 Absatz 4 Vermessungs- und Katastergesetz NRW.
7. Halten und Steuern von Beteiligungen an Unternehmen, insbesondere im Bereich der Versorgungswirtschaft, der Telekommunikation und der digitalen Infrastruktur, mit Bezug auf die Daseinsvorsorge im Velberter Stadtgebiet.

Die in Ziffer 1-3 geregelten Aufgaben können interkommunal wahrgenommen werden.

Beratungsergebnis: 56 Stimmen dafür
2 Stimmen dagegen (FDP; Piraten Partei)
0 Enthaltungen

9. Angelegenheiten der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH

Es liegt nichts vor.

**10. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen
Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für das Jahr 2019 im Budget des Fachbereiches 4 - Bürgerdienste
Vorlage: 377/2019**

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein, schildert den aktuellen Sachverhalt und begründet den Beschlussvorschlag.

Dabei weist der Bürgermeister darauf hin, dass den erhöhten Aufwendungen für die Krankentransporte, auch erhöhte Kostenerstattungen durch die Krankenkasse gegenüber stehen würden.

Dies bedeute, dass die zusätzlichen Aufwendungen somit komplett gedeckt würden.

Die Nachfrage seitens der CDU-Fraktion, wie es zu mehr als einer Verdopplung der Gebühr von 122,- € auf nunmehr 248,- € für die Benutzung durch eine Person je Einzelfahrt im KTW gekommen sei, wird seitens des Stadtkämmerers detailliert beantwortet.

Der Stadtkämmerer führt aus, dass der Rat in seiner Sitzung am 18.12.2018 die Satzung zur Änderung der Rettungsdienstgebührensatzung der Stadt Velbert beschlossen habe. In diesem Zusammenhang sei für die Inanspruchnahme der Rettungsmittel, d. h. für den Krankentransportwagen bei Benutzung durch eine Person je Einzelfahrt, sogar auf eine Gebühr in Höhe von 285,- € festgesetzt worden. Die Festsetzung der Gebühr auf 122,- € für den Krankentransportwagen bei Benutzung durch eine Person sei mittels Satzung der Stadt Velbert im Januar 2014 beschlossen worden. Die Erhöhung der Gebühr sei auf die im Laufe der Zeit gestiegenen Kosten zurückzuführen.

Beschluss:

Der Entscheidung des Bürgermeisters zur Leistung einer überplanmäßigen Aufwendung / Auszahlung bei der Position Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 300.000 € wird zugestimmt. Damit stehen auf diesem Konto insgesamt 410.000 € (einschl. Ermächtigungsübertragungen) zur Verfügung. Die Deckung ist gewährleistet.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**11. Antrag der SPD-Fraktion
Bildung eines Ausschusses „Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit“ und Umbenennung des Umwelt- und Planungsausschusses
Vorlage: 378/2019**

Nach einer kurzen Einführung seitens des Bürgermeisters und der Verweisung auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung (siehe TOP 11.1; Vorlage 378/2019; 1. Ergänzung) teilt die SPD-Fraktion mit, dass sie auf eine Abstimmung in der heutigen Sitzung verzichte bzw. den Antrag zurückziehe.

Die SPD-Fraktion begründet ihre Vorgehensweise damit, dass seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits im Vorfeld angekündigt worden sei, dass eine Einigung der Fraktionen über die Verteilung der von der Änderung betroffenen Ausschussvorsitze nicht ohne weiteres zustande kommen würde.

Die SPD-Fraktion lehne jedoch die Durchführung eines neuen Zugriffsverfahrens für alle Ausschussvorsitze, das bei einer gescheiterten Einigung zu erfolgen hätte, ab. Seitens der SPD-Fraktion wird der Vorschlag bzw. die Anregung unterbreitet, dass die Verwaltung sämtliche für die Bildung des neuen Ausschusses in Betracht kommenden Maßnahmen (zum Beispiel Änderung der Geschäftsordnung, des Zuständigkeitskataloges etc.) bis zur Kommunalwahl im September 2020 veranlassen sollte, damit dann dieser neue Ausschuss gebildet werden kann.

Über den Antrag der SPD-Fraktion wird folglich nicht abgestimmt.

Antrag der SPD- Fraktion

1. Der Rat beschließt, einen Ausschuss Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit einzurichten.
2. Der Rat beschließt, den jetzigen Umwelt- und Planungsausschuss in Ausschuss für Planung und Mobilität umzubenennen.
3. Die Zuständigkeitskataloge sind entsprechend anzupassen.

Beratungsergebnis: Zurückgezogen

11.1 Bildung eines Ausschusses „Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit“ und Umbenennung des Umwelt- und Planungsausschusses

Vorlage: 378/2019 1. Ergänzung

Die Tagesordnungspunkte 11 und 11.1 sind zusammengefasst beraten worden. Der Verhandlungsverlauf ist unter Tagesordnungspunkt 11 aufgeführt.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

12. Antrag der Fraktion Piraten Partei Aktion "Wir jagen Funklöcher"

Vorlage: 383/2019

Seitens der antragstellenden Fraktion Piraten Partei wird der Antrag begründet und dafür plädiert, dass die Verwaltung an dem Wettbewerb der Telekom teilnehmen sollte. Im Stadtgebiet von Velbert gebe es ein paar Bereiche, in denen keine gute bzw. ausreichende Funkverbindung zur Verfügung stünde.

Die SPD-Fraktion teilt mit, dass man dem Antrag prinzipiell zustimmen könne. Sie gibt jedoch zu bedenken dass die Telekom lediglich an 50 Standorten in Deutschland einen entsprechenden Funkmast aufstellen würde. Die Aktion der Telekom wird als verkappte Werbekampagne bewertet.

Der Bürgermeister geht auf die Teilnahmebedingungen ein und stellt klar, dass die Stadt ein entsprechendes Grundstück zur Verfügung stellen müsse, auf dem der Mast installiert werden könne. Diesbezüglich müsse ein entsprechender Ratsbeschluss gefasst werden. In diesem Zusammenhang erinnert der Bürgermeister an die Diskussionen über die Planung, im Bereich Langenhorst einen Funkmast aufzustellen.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird der Antrag vom Prinzip her als gut eingestuft. Die angestrebte Verringerung von Funklöchern sei grundsätzlich zu befürworten. Andererseits sei jedoch die Strahlung solcher Masten nicht außer Acht zu lassen.

Antrag der Piraten-Fraktion

Es wird beantragt, dass die Stadt Velbert an der Aktion "Wir jagen Funklöcher" der Telekom teilnimmt.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür
37 Stimmen dagegen
8 Enthaltungen

13. Neuwahlen zu den Ausschüssen

13.1 Neuwahlen zu den Ausschüssen

Vorlage: 393/2019

1.) Wahlausschuss:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Frau Brigitte Hagling (Velbert anders) zum stellv. Mitglied des Wahlausschusses als Vertreterin von Herrn Jörg Schiweck zu wählen, wird angenommen.

Der Vorschlag, Herrn Thorsten Hilgers (FDP) zum alleinigen stellv. Mitglied des Wahlausschusses als Vertreter von Herrn Hartmuth Kitzrow zu wählen, wird angenommen.

Der Vorschlag, Frau Brigitte Djuric (SPD) zum alleinigen stellv. Mitglied des Wahlausschusses als Vertreterin von Frau Silvia Haase zu wählen, wird angenommen.

Der Vorschlag, Herrn Norbert Schäfer (SPD) zum alleinigen stellv. Mitglied des Wahlausschusses als Vertreter von Herrn Otto Schaubruch zu wählen, wird angenommen.

Der Vorschlag, Herrn Thomas Greco (CDU) zum alleinigen stellv. Mitglied des Wahlausschusses als Vertreter von Herrn Ralph Güther zu wählen, wird angenommen.

Der Vorschlag, Herrn Wolfgang Martin (CDU) zum alleinigen stellv. Mitglied des Wahlausschusses als Vertreter von Herrn Hans-Werner Mundt zu wählen, wird angenommen.

Der Vorschlag, Herrn Hans Küppers (CDU) zum alleinigen stellv. Mitglied des Wahlausschusses als Vertreter von Herrn Emil Weise zu wählen, wird angenommen.

2. Verwaltungsrat TBV AöR:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn Harry Gohr (Die Linke) anstelle von Frau Birgit Onori als stellv. Mitglied in den Verwaltungsrat TBV AöR zu entsenden, wird angenommen.

Der Vorschlag, Herrn Jörg Schiweck (Velbert anders) anstelle von Herrn Hans-Dieter Schneider als Mitglied in den Verwaltungsrat TBV AöR zu entsenden, wird angenommen.

3. Ausschuss für Sport, Freizeit und Tourismus:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn Lucas Schröder (CDU) als Vertreter von Herrn Christian Köppen zum stellv. Mitglied des Ausschusses für Sport, Freizeit und Tourismus zu wählen, wird angenommen.

4. Umwelt- und Planungsausschuss:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn Maikel Weißgerber (CDU) als Vertreter von Herrn Martin Brinkschulte zum stellv. Mitglied des Umwelt- und Planungsausschusses zu wählen, wird angenommen.

5. Kulturausschuss:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Frau Sengül Kaplan-Teke (SPD) anstelle von Herrn Pascal Otterbeck als Vertreterin von Frau Barbara Wendt zum stellv. Mitglied des Kulturausschusses zu wählen, wird angenommen.

6. Wahlprüfungsausschuss:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn Patrick Kurpitz (SPD) anstelle von Frau Petra Trost zum 2.stellv. Mitglied des Wahlprüfungsausschusses für Herrn Michael Galanopoulos zu wählen, wird angenommen.

7. Aufsichtsrat der Kultur- und Veranstaltungs-GmbH (KVV):

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn August-Friedrich Tonscheid (Velbert anders) anstelle von Herrn Hans-Dieter Schneider als Mitglied in den Aufsichtsrat der Kultur- und Veranstaltungs-GmbH (KVV) zu entsenden, wird angenommen.

Der Vorschlag, Herrn Jörg Schiweck (Velbert anders) anstelle von August-Friedrich Tonscheid als stellv. Mitglied in den Aufsichtsrat der Kultur- und Veranstaltungs-GmbH (KVV) zu entsenden, wird angenommen.

8. Betriebsausschuss Kultur- und Veranstaltungsbetrieb Velbert (KVBV):

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn Jörg Schiweck (Velbert anders) anstelle von Herrn Hans-Dieter Schneider zum Mitglied des Betriebsausschusses Kultur- und Veranstaltungsbetrieb Velbert (KVBV) zu wählen, wird angenommen.

Der Vorschlag, Herrn August-Friedrich Tonscheid (Velbert anders) zum stellv. Mitglied des Betriebsausschusses Kultur- und Veranstaltungsbetrieb Velbert (KVBV) zu wählen, wird angenommen.

9. Zweckverbandsversammlung Sparkasse Hilden Ratingen Velbert:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Frau Brigitte Hagling (Velbert anders) anstelle von Herrn Hans-Dieter Schneider als Mitglied in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes HRV zu entsenden, wird angenommen.

10. Zweckverbandsversammlung Klinikum:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Frau Brigitte Hagling (Velbert anders) anstelle von Herrn Hans-Dieter Schneider als stellv. Mitglied in die Zweckverbandsversammlung Klinikum Niederberg zu entsenden, wird angenommen.

11. Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn Peter Oentrich (Velbert anders) als Vertreter von Frau Brigitte Hagling zum stellv. Mitglied des Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing zu wählen, wird angenommen.

12. Bezirksausschuss Velbert-Mitte:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn Walter Tappert (Velbert anders) anstelle von Herrn Steffen Naudzus zum Mitglied des Bezirksausschusses Velbert-Mitte zu wählen, wird angenommen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

14. Nachträge

Nachträge liegen nicht vor.

15. Mitteilungen der Verwaltung

Der Bürgermeister trägt vor, dass sich die Zusammensetzung des Rates der Stadt Velbert geändert habe.

Herr Hans-Dieter Schneider habe mitgeteilt, dass er sich dazu entschlossen habe, die Fraktion Velbert anders mit Ablauf des 30.09.2019 zu verlassen und ab dem 01.10.2019 die Arbeit im Rat als fraktionsloses Mitglied fortsetzen werde.

16. Verschiedenes

Auf die Nachfrage der Fraktion Velbert anders, was mit dem Antrag für den Neubau des Klinikum Niederberg geworden sei, teilt die Verwaltung mit, dass eine Antwort im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung gegeben werde.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erinnert daran, dass nach der Sommerpause eine Stellungnahme der Verwaltung hinsichtlich des Antrages „Katzenkastration“ erfolgen sollte. Dies sei jedoch noch nicht geschehen.

Herr I. Beigeordneter Böll gibt einen ausführlichen aktuellen Sachstandsbericht in Sachen „Katzenkastration“ und führt aus, dass es aktuell aus Sicht des Kreises Mettmann keine Lösung in Form einer vom Kreis erlassenen Katzenkastrationsverordnung auf Grundlage des § 13b TierSchG geben könne. Die entscheidende Voraussetzung für die materielle Rechtmäßigkeit einer ordnungsbehördlichen Verordnung sei das Vorliegen einer abstrakten Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Solange eine Behörde mangels genügender Kenntnisse über die Einzelheiten der zu regelnden Sachverhalte oder über die maßgeblichen Kausalverläufe nicht zu der erforderlichen Gefahrenprognose im Stande sei, liege keine abstrakte Gefahr vor.

In diesem Zusammenhang stelle die Deutsche Juristische Gesellschaft für Tierschutzrecht in einem Rechtsgutachten folgerichtig fest, dass der kommunale Ordnungsgeber vor Erlass einer Kastrationspflicht durch ordnungsbehördliche Verordnung zahlreiche tatsächliche Fragen zu klären habe.

Weiter teilt der Herr I. Beigeordneter Böll mit, dass bei der Klärung dieser Fragen die Tierschutzvereine in der Regel als fachkundige Stellen entscheidend mitwirken würden.

Auf Bitte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird der komplette Vermerk als Anlage zur Niederschrift beigefügt:

Herr Beigeordneter Ostermann trägt auf Nachfrage der Fraktion Bundes 90/Die Grünen einen Sachstandsbericht hinsichtlich der Holzhackschnitzelheizungsanlage vor.

Er kündigt für die Sondersitzung des Umwelt- und Planungsausschusses am 07.11.2019 einen ausführlichen Sachstandsbericht hinsichtlich der Holzhackschnitzelheizungsanlage an.

Zur Sach- und Rechtslage hinsichtlich der Holzhackschnitzelheizungsanlage an der Panner Straße habe sich der Haupt- und Finanzausschuss aufgrund eines empfehlenden Beschlusses des BZA Velbert-Langenberg beschäftigt und damals einstimmig beschlossen, dass der Wärmelieferungsvertrag mit den Betreiber der Heizungsanlage bis auf weiteres bestehen bleiben sollte. Eine juristische Prüfung habe ergeben, dass es

keine rechtlichen Möglichkeiten für eine Kündigung des Vertrages oder die Verlagerung der Heizungsanlage gegeben habe. Die Holzhackschnitzelheizungsanlage sei auf bestandskräftiger rechtlicher Grundlage und auf Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses bis zum Vertragsende betrieben worden.

Herr Schaubruch (SPD-Fraktion) bittet die Verwaltung bei der Erstellung von Vorlagen zukünftig darauf zu achten, dass die korrekte Bezeichnung der drei Stadtbezirke verwendet wird. Es sei festgestellt worden, dass die Verwaltung von Stadtbezirken und Stadtteilen spreche, obwohl die Stadt Velbert in drei Stadtbezirke (Stadtbezirk Velbert-Mitte, Stadtbezirk Velbert-Langenberg und Stadtbezirk Velbert-Neviges) gegliedert sei.

Der Bürgermeister nimmt den Hinweis auf und kündigt an, zukünftig auf die Verwendung der richtigen Bezeichnungen zu achten.

Ende der öffentlichen Sitzung gegen 18:35 Uhr

Für die Richtigkeit der Niederschrift:

__gez._____
(Lukrafka)
Vorsitzender

__gez._____
(Weise)
1. stellv. Bürgermeister

__gez._____
(Welte)
Schriftführer